händigen, sondern durch eine Kommission zu überwachen und in ihrer Anwesenheit zu kontrollieren.

Betriebe mit roten Betriebsräten haben dieselben Aufgaben. Der freiwillige Rücktritt der roten Betriebsräte erfolgt erst dann, wenn die Belegschaft in der Mehrheit für ihre Kampfaufgaben mobilisiert ist.

Die Aufstellung der Kandidaten der Betriebsräte hat in allen Fällen durch den Wahlausschuß und in Belegschaftsversammlungen zu erfolgen.

In jeder Belegschaftsversammlung muß zugleich ein Bericht der Krankenkassenvertreter über die Verschlechterungen der Leistungen der Krankenkasse und deren Rücktritt gefordert werden.

In jedem Betrieb ein roter Betriebsrat und ein revolutionärer Vertrauensmännerkörper, das ist das Ziel, das die Betriebsrätekonferenz allen Belegschaften stellt.

In jedem Betrieb eine RGO-Betriebsgruppe und eine Betriebszelle der KPD!

Die Betriebsräte begrüßen die Kandidatur Thälmanns

Unter großem Beifall wurde einstimmig folgende Entschließung zur Aufstellung des Genossen Ernst Thälmann als roter Präsidentschaftskandidat angenommen:

Die versammelten roten Betriebsräte begrüßen den vom ZK der KPD zur Präsidentenwahl vorgeschlagenen roten Präsidentschaftskandidaten, den Genossen Ernst Thälmann.

Die versammelten roten Betriebsräte sehen in der Kandidatur des Führers der KPD die Möglichkeit allen Werktätigen klar die Klassenfront aufzuzeigen, die in der Generallosung Klasse gegen Klasse zum Ausdruck kommt.

Gegen den Versuch der SPD-Führer, der Arbeiterschaft den „Volkskandidaten Hindenburg" zu empfehlen, werden die revolutionären Betriebsräte alles tun, um die sozialdemokratischen Arbeiter dieser arbeiterfeindlichen, faschistischen Politik der SPD-Führer zu entziehen und durch die Schaffung der kämpfenden roten Einheitsfront die Klassenkandidatur der Arbeiterschaft zu propagieren.

Gegen die Hindenburgfront von Wels und Tarnow über Brüning bis Hitler rufen wir die Arbeiterschaft auf, zum verstärkten Kampf unter Führung der KPD und ihres Führers, Genossen Ernst Thälmann.

Der Kampf „Klasse gegen Klasse" muß die Losung aller Proletarier sein.

Schafft die rote Einheitsfront!

Kämpft für die Verbesserung eurer Lebenshaltung, für eure Existenz!

Für ein freies sozialistisches Deutschland!

Ausführlicher Bericht über die Betriebsrätekonferenz folgt morgen.

Proteststreiks gegen Mordfaschismus

Brauns dorf, 15. Januar. (Eig. Mld.)

Die Belegschaft der Strumpf-AG in Braunsdorf hatte gestern beschlossen, an der Beerdigung des von den Faschisten ermordeten Genossen Förster teilzunehmen. Der Beschluß ist heute einmütig durchgeführt worden. **Die Belegschaft hat geschlossen den Betrieb von 14 bis 15 Uhr verlassen unter der Kampfloſung: Gegen Notverordnung und Faschismus!**

Lohnabbau verhindert

Die Unternehmer des Textilbetriebes Kunath und Meckenburg in Oberlungwitz, die im Oktober durch einen Streik der Belegschaft gezwungen wurden, eine Leistungszulage von wöchentlich einer Mark bei den Männern und 60 Pfennig bei den Frauen zu zahlen, versuchten diese Leistungszulage abzubauen. Die Mitglieder der RGO in diesem Betrieb riefen sofort nach Bekanntwerden des Unternehmeranschlages zum Streik auf. **Die Gesamtbelegschaft folgte diesem Ruf geschlossen und trat in den Streik.** Bereits nach drei Stunden Streik konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden, **da die Unternehmer von dem Lohnabbau Abstand nahmen und die Leistungszulage weitergezahlt wird.**

Streik der Wohlfahrtserwerbslosen unter Führung der RGO

Zwölf Wohlfahrtserwerbslose, die auf Anweisung des Stadtrates einen Bach reinigen sollten für einen Stundenlohn von 25 Pfennig legten nach vier Stunden geschlossen, mit Ausnahme eines SR-Mannes, die Arbeit nieder.

Eine gewählte Kommission begab sich unter Führung kommunistischer Stadtverordneter zum Bürgermeister und legte die Forderungen der Erwerbslosen vor. Gefordert wird: **Bezahlung nach dem Tarif der Gemeindearbeiter und 20 Pfennig Wasserzuschlag pro Stunde.** Durch das geschlossene Auftreten der Erwerbslosen erklärte sich der Bürgermeister bereit, am kommenden Montag den Verwaltungsausschuß einzuberufen, der über die Forderungen der Erwerbslosen beraten soll. Die Niederlegung wird nicht als Arbeitsverweigerung betrachtet. **Die betreffenden Erwerbslosen erhalten ihre Unterstützung weiter.** Bis zum Abschluß der Verhandlungen werden die Arbeiten **eingestellt.**

Unerhörter Vorfall im Dresdner Fürsorgeamt

Heute morgen erschienen mehrere Erwerbslose in unsrer Redaktion und berichteten von einem Vorfall, der, wenn er sich so zugetragen hat, wie es glaubhaft geschildert wurde, einen beispiellosen Skandal darstellt. Nach diesem Bericht erschienen am Sonnabend auf dem Fürsorgeamt der in der Münzstraße wohnhafte Wohlfahrtserwerbslose Göbel mit einem Kinde und bat um Brot für seine hungernden Kinder. Aus irgendeinem nicht ersichtlichen Grund geriet der Stadtrechtsrat Dr. Paul, dem die Bitte vorgetragen wurde, in maßlose Erregung und schlug mit einem metallenen Gegenstand in Gegenwart des Kindes auf Göbel ein, so daß dieser mehrere schwere Kopfverletzungen erlitt. Göbel, der dann, durch Arbeiter aufmerksam gemacht, bei uns erschien, hatte mehrere Wunden. Das Blut war ihm am Körper heruntergelaufen. Der Kragen ist ein einziger blutiger Fetzen. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Bei dem Vorfall muß Metallgegenstand, wahrscheinlich ein Briefbeschwerer, zersprungen sein. Ein abgesprungenes Stück wurde uns von Göbel als Beweismaterial mit abgeliefert.

Jedes Wort des Kommentars ist vorläufig überflüssig. Wie wir hören, wird die kommunistische Fraktion diesen Skandal durch einen Antrag im Dresdner Rathaus beleuchten. Die gesamten Dresdner Werktätigen aber werden mit uns in der Verurteilung dieser Methoden der kapitalistischen „Fürsorge" einig sein.

Folgen von der Preissenkung erfahren!

Neue Teuerungswelle droht!

Neue Preis-, Zoll- und Steuererhöhungen angekündigt. Butterzoll von 25 auf 75 Mark. Brotpreiserhöhung angekündigt. Arbeiter, kämpft mit KPD und RGO gegen Verschlechterung eurer Lebenslage

Nach den neuesten Meldungen droht den werktätigen Massen eine neue ungeheuerliche Teuerungswelle. Nach den neuesten Plänen ist eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,5 Prozent in Aussicht genommen. Diese Erhöhung ist zwar „dementiert" worden, gleichzeitig aber erklärt die bürgerliche Presse, daß sie dann eben in einigen Monaten akut werde. Um die Großagrarier zu befriedigen, wird jedoch jetzt bereits eine Erhöhung des Butterzolles von 25 auf 75 Mark pro Zentner durchgeführt. Die Vorlage dazu ist in Vorbereitung. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß außer dem Anziehen der Kartoffelpreise auch der Index für Fleisch von 149,1 auf 156,4 festgestellt werden kann, für „sonstige Lebensmittel", d. h. Volksnahrungsmittel ist der Gesamtindex von 136,5 auf 137,8 gestiegen. Diese allgemeine Teuerung findet ihre Ergänzung durch eine alarmierende Meldung über eine geplante Brotpreiserhöhung in Berlin, die selbstverständlich ihre Nachwirkungen im Reiche haben wird. Die Berliner Brotfabriken kündigen eine Brotpreiserhöhung um 2 Pfennig an mit dem Hinweis auf das fortgesetzte Steigen der Roggenmehlpreise.

Der Roggen, der pro Tonne Anfang Januar 185—187 Mark kostete, ist jetzt am 15. Januar auf 196—198 Mark gestiegen. Auf die Erklärung der Groß-Bäckereien, daß sie ab heute die Brotpreiserhöhung durchführen würden, hat Herr Goerdeler eine bezeichnende Antwort gegeben. Er erklärte nämlich, er werde sich „mit den Vorgängen auf dem Mehlmarkt befassen!" Das ist die Antwort des von der SPD den Arbeitern als „ausgleichende Gerechtigkeit" gepriesenen „Preissenkungskommissars".

Knapp zwei Wochen ist es her, da der sächsische ADGB seinen verlogenen Aufruf gegen jeden Kampf um Lohnerhöhung und für die „Senkung der Preise" durch Kontrolle der Kleinhändler loslies. Hat dieser Aufruf schon zur Genüge die Rolle der ADGB-Bürokratie gekennzeichnet, so sind die neuen Meldungen über die Pläne der Reichsregierung für neue Zoll-, Preis- und Steuererhöhungen die schlagendste Widerlegung aller demagogischen Phrasen der sozialdemokratischen Führer. Während die Löhne und Gehälter rücksichtslos zum festgesetzten Termin gekürzt worden sind, wird aus der „geplanten" Preissenkung eine — offene Preiserhöhung der wichtigsten Volksnahrungsmittel durchgeführt. Die Ursache ist die Zollpolitik der Brüning-Regierung, die den Großagrarier die Hochschraubung der Futtermittelpreise und jetzt auch der Butterpreise ermöglicht. Auch die Erhöhung der Schweine- und Fleischpreise steht damit im engsten Zusammenhang. Die sozialdemokratischen und ADGB-Führer haben ihre Streikbruchpolitik gerade mit dem Hinweis auf den Ausgleich der Lohnsenkung durch die Preissenkung begründet. Jetzt stehen sie vor der gesamten Arbeiterschaft als gemeine, wissende Betrüger!

Die Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen werden jetzt erkennen, wie recht die Kommunistische Partei und die RGO hatten, als sie die „Preissenkungsaktion" des ADGB und der SPD als schurkischen Betrug an der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen kennzeichneten. Unter Führung der KPD und der RGO gilt es deshalb den Kampf gegen jede Verschlechterung der Existenz der arbeitenden Massen aufzunehmen!

Schwere außenpolitische Niederlage der deutschen Bourgeoisie

Keine Regelung der Tributfrage, nur kurzfristiger Zahlungsaufschub. Wahlen sollen abgewartet werden

Die „große" außenpolitische Geste der deutschen Bourgeoisie „gegen" die Reparationen hat ihre erneute Niederlage erbeigeführt. Uebereinstimmend erklärt die englische und französische Presse, daß die Reparationskonferenz in Lausanne vielleicht gar nicht abgehalten würde. Sollte sie jedoch stattfinden, dann könne sie lediglich einige Tage dauern. In diesen wenigen Tagen würde der Fragenkomplex der Tributzahlungen überhaupt nicht angeschnitten werden, sondern lediglich die Frage der kurzfristigen Verlängerung des Hoover-Zahlungsaufschubs um sechs Monate. Erst nach den Wahlen in Preußen und in Frankreich könne man eine ernsthafte Besprechung der Reparationsfrage in die Wege leiten. Diese Erklärungen, an deren Entscheidender Bedeutung nicht gezweifelt werden kann, kennzeichnen die Schwere der Niederlage der deutschen Bourgeoisie. An dieser Tatsache ändern auch die Hoffnungen nichts, die die deutschen „Strategen" an die Manöver Brüstlins knüpften. Die Schweizer Presse warnt ausdrücklich, „Deutschland möge sich von der Lausanner Konferenz nicht zu viel versprechen".

Was sich die deutsche Arbeiterklasse von der Lausanner und von jeder anderen Konferenz der deutschen Bourgeoisie mit der der anderen kapitalistischen Staaten versprechen kann, hat sie am eigenen Leide erfahren. Immer wird ihre Haut zu Markte getragen, immer wird auf ihre Kosten gekuhhandelt. Ob und wie lange das so weitergeht, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Die KPD hat in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung den einzig gangbaren Weg zur endgültigen Lösung der Tributfrage gezeigt, diese Lösung werden die werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse erzwingen.

Glänzender Erfolg des roten Volksbegehrens in Oldenburg

Oldenburg, 18. Januar (Eig. Drahtb.)

Das rote Volksbegehren in Oldenburg zeigt sich als ein großer Erfolg der roten Einheitsfront. Bis jetzt sind 65 000 Einzeichnungen gemeldet, während im ganzen nur 20 000 nötig waren.

Unternehmerprotokoll enthüllt die Nazis

Nazis für den Kapitalismus — Nur die Kommunistische Partei kämpft für den Sozialismus!

Die „Dresdner Volkszeitung" veröffentlicht ein sensationelles Geheimdokument der sächsischen Unternehmer und zwar **ein „vertrauliches Protokoll über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller vom 1. Juli 1931 im Hotel Bellevue, Dresden".** Dieses Geheimprotokoll enthält den dokumentarischen Beweis für die Rolle der NSDAP als Partei der Unternehmer und Großkapitalisten. Es gibt ein Referat des Hitlermannes Dr. Wagener wieder, das dieser vor den sächsischen Industriellen gehalten hat. In dieser Rede erklärt Wagener offen, **daß der Nationalsozialismus einmal die „Freiheit der Wirtschaft" antasten werde,** daß er die Unternehmerinitiative als ihre Grundlage betrachte. Für den Lohn müsse ein möglichst niedriges Existenzminimum festgesetzt werden, um so besser die Spanne der einzelnen „Leistungslöhne" vergrößern zu können. Wagener verdammt die Sozialfürsorge und unterstrich, daß beim Kampf um Reparationen jede Erschütterung der Wirtschaft vermieden werden solle. Das heißt nichts anderes, als Verzicht auf jeden Kampf gegen das Youngdiktat. Ausdrücklich erklärte Dr. Wagener, **man müsse die radikalen Reden einzelner „Persönlichkeiten" der NSDAP nicht so ernst nehmen,** da das rasche Emporwachsen gewisser Schwierigkeiten hinsichtlich der Auswahl geschaffen habe". Das gleiche gelte für die Annahme „unsinniger Anträge" (lies: Arbeiterforderungen) in den Parlamenten. Dabei müsse man den „taktischen Charakter", d. h. die Lügenhaftigkeit der sozialistischen Phrasen der Naziabgeordneten besonders berücksichtigen!

Diese Enthüllungen zeigen die Nazis im wahren Lichte. Wie die „Dresdner Volkszeitung" richtig feststellt, bedeutet dieses Dokument:

„Die Nazipartei empfiehlt sich den Unternehmern: Für den Kapitalismus!"

Aber hat die SPD etwa etwas anderes getan, als die nationalsozialistischen Demagogen? Hat sie nicht ebenso sozialistische Phrasen benutzt, um gleichzeitig die Massen den Unternehmern auszuliefern. Haben sie, die SPD- und ADGB-Führer, nicht gemeinsam mit den Nazis Streikbruch zugunsten der Unternehmer organisiert? Ja, sind sie nicht gerade durch ihre soziale Demagogie und ihre kapitalistischen Phrasen zur sozialen Hauptstütze der Unternehmerdiktatur geworden? Hat die SPD nicht ausdrücklich auf ihrem Parteitag sich als

„Arzt am Krankenlager des Kapitalismus"

bezeichnet?

Nazi und SPD — verschiedene Kappen tragen die Zwillinge der faschistischen Kapitalsherrschaft aber ihre Basis bleibt dieselbe: Niederhaltung der breiten Massen durch soziale Demagogie und durch „legalen" und illegalen Terror zugunsten der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft!

Es gibt nur eine Partei, die nicht die Massen mit sozialen Phrasen betrügt — sondern durch revolutionären Klassenkampf für die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen, für den Sozialismus eintritt: und das ist — die Kommunistische Partei!

1 650 000 Wohlfahrtserwerbslose!

Nach der Mitteilung des Deutschen Städtetages betrug die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den deutschen Gemeinden Ende Dezember rund 1 650 000. Das bedeutet eine Zunahme um 120 000 Wohlfahrtserwerbslosen im Dezember.

Der Deutsche Städtetag hat berechnet, daß bei einer Unterstützung von nur 625 Mark für jeden Wohlfahrtserwerbslosen im Jahre die Belastung der Gemeinden rund eine Milliarde Mark beträgt.

Neue Hetzlügen gegen die KPD

Die ganze bürgerliche Presse bringt in großer Aufmachung eine Meldung über einen großen Waffen- und Munitionsfund in Hagen. Die Hagener SPD überkrempelt dabei die Hitlerpresse, indem sie das „gelungene Werk" der Polizei mit Genugtuung feststellt und frech und dreist behauptet, daß die Verhafteten sämtlich Mitglieder der Terrorgruppe der KPD sind. Wir stellen demgegenüber fest, daß kein einziger der Kommunistischen Partei angehört.

8. Mai Wahltag in Preußen?

Die bürgerliche Presse meldet: Es seien Erwägungen im Gange als Wahltag zum Preußischen Landtag gleichzeitig mit den Landtagswahlen in Württemberg und Anhalt den 8. Mai festzusetzen. Der Mandatsschlüssel soll bei den Preußenwahlen diesmal ein anderer sein als bisher. Während früher auf 40 000 Stimmen ein Mandat entfiel, sollen auf Grund einer im Januar erlassenen Notverordnung auf einen Abgeordneten 60 000 Stimmen kommen.

2 Bergarbeiter als Leichen geborgen

Die Rettungsarbeiten in der Karsten-Zentrums-Grube wurden am Sonnabend spät abends zur Bergung der Leiche des Hauers Weiß aus Beuthen geführt. Weiß war Familienvater und ist zwei Tage nach dem Unglück an einer schweren Verletzung, die er erlitten hatte, verstorben. In der Nacht zum Sonntag wurde ein zweiter Toter geborgen.

Nach Meldungen aus Tokio hat ein japanisches Bombenflugzeug östlich von Charbin Bomben abgeworfen und dort ein Pulverlager in die Luft gesprengt. Bisher werden 52 Tote gemeldet.